

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Wirtschaftswende jetzt – Die bürokratischen Fesseln lösen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mecklenburg-Vorpommern birgt ein beträchtliches wirtschaftliches Potenzial. Dieses gilt es, zu heben und im Interesse des gesamten Landes zu nutzen. Eine starke Wirtschaft ist Grundvoraussetzung für Wohlstand, soziale Sicherheit und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Leistungsfähigkeit unseres Landes hängt unmittelbar von einer starken und resilienten Wirtschaft ab. Eine florierende Wirtschaft schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern sie sichert auch finanzielle Ressourcen, die für Bildung, Forschung, Sicherheit und Ordnung, den sozialen Frieden sowie den Klimaschutz unverzichtbar sind. In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen kann die Bedeutung der Stärkung einer resilienten, dynamischen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft nicht hoch genug eingeschätzt werden.
2. Mecklenburg-Vorpommern steht vor bedeutenden Herausforderungen, in denen aber auch Chancen stecken. Unternehmen spüren aufgrund steigender Energiepreise, hoher Arbeitskosten und überbordender Bürokratie einen erheblichen Druck. Diese Faktoren hemmen nicht nur das Wachstum, sondern beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Im Ergebnis bleibt trotz hoher Lebensqualität und geografischer Vorteile die wirtschaftliche Entwicklung hinter ihren Möglichkeiten zurück.
3. Schleppende Planungs- und Genehmigungsverfahren, überbordender Bürokratismus und fehlende Priorisierung, Prozessoptimierung und Digitalisierung in den Ämtern hemmen Investitionen und Innovationen. Europäische Anforderungen konterkarieren oftmals eigene Anstrengungen für die Reduzierung dieser Lasten. Dies schwächt die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Mecklenburg-Vorpommern im deutschen, europäischen sowie globalen Vergleich.

4. Es ist zwingend notwendig und endlich geboten, eine vollumfängliche und gründliche Evaluation aller die Wirtschaft im Land hemmenden bürokratischen Lasten durchzuführen. Zugleich müssen neue unternehmensbelastende Regulierungen von vornherein vermieden werden.
5. Eine Wirtschaftswende bietet die Chance, das Land als Vorreiter für nachhaltige und innovative Wirtschaftskonzepte zu etablieren und gleichzeitig die Lebensqualität seiner Bürger zu verbessern. Unternehmer, Investoren und Gründer benötigen jetzt klare und verlässliche Rahmenbedingungen, die ihnen zukunftsichere Planung und Weiterentwicklung ermöglichen. Die Landesregierung ist aufgefordert, unverzüglich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Standort Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig zu machen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich die Einführung eines Regulierungs- und Bürokratiemoratoriums zur Aussetzung nicht zwingend notwendiger Berichtspflichten und Dokumentationsanforderungen auf Landesebene umzusetzen sowie sich auf Bundes- und Europaebene ebenfalls für die Einführung eines Belastungsmoratoriums einzusetzen.
2. eine Evaluation sämtlicher bestehender Berichts- und Dokumentationspflichten vorzunehmen und diese auf ein zwingend notwendiges Minimum zu reduzieren und zu katalogisieren.
3. ein unabhängiges Normenkontrollgremium einzusetzen, das alle geplanten Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften des Landes auf ihre bürokratischen Auswirkungen überprüft. Dieses ist mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu besetzen, um eine umfassende und interdisziplinäre Normenkontrolle zu gewährleisten.
4. eine systematische Überprüfung sämtlicher landesrechtlicher Vorschriften auf unnötige Verschärfungen bei der Umsetzung von EU- und Bundesnormen vorzunehmen und solche Verschärfungen konsequent abzubauen.
5. eine systematische Überprüfung sämtlicher landesrechtlicher Vorschriften auf die Möglichkeit zur Einführung von Genehmigungsfiktionen vorzunehmen. Diese sind nach Effizienzgewinnen zu priorisieren.
6. eine landeseigene Plattform einzurichten, auf der Bürger, Unternehmen und Verwaltungsmitarbeiter unnötige, ineffiziente oder hinderliche Regelungen und Prozesse direkt melden können.
7. die Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung signifikant voranzutreiben und ambitionierte Modernisierungskonzepte umzusetzen. Dabei sollen ein Rechtsanspruch auf allgemeinen Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen und das Einhalten des Once-Only-Prinzips gelten sowie einheitliche Schnittstellen und Standards für alle digitalen Verwaltungsleistungen verbindlich eingerichtet werden.
8. eine Reform des Vergaberechts vorzunehmen unter Ersetzung des bestehenden Tarif-treue- und Vergabegesetzes durch ein schlankes, einfaches Vergabegesetz, das sich ausschließlich auf die Sicherung eines fairen Wettbewerbs konzentriert.
9. einmal im Quartal in den zuständigen Ausschüssen über die Umsetzungsfortschritte der jeweiligen Maßnahmen zu berichten.

Rene Domke und Fraktion

Begründung:

Zahlreiche Unternehmen im Land stehen unter wachsendem Druck, ausgelöst durch steigende Energiepreise, hohe Arbeitskosten und die Zunahme administrativer Verpflichtungen. Diese Faktoren beeinträchtigen ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft und bremsen das Wachstum. Trotz hoher Lebensqualität und einer vorteilhaften geografischen Lage bleibt die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns hinter den Möglichkeiten zurück. Um diesen Standortnachteil zu überwinden und das wirtschaftliche Potenzial des Landes zu entfalten, ist ein umfassender Maßnahmenkatalog erforderlich, der Bürokratie abbaut und Verwaltungshürden reduziert.

Die Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Lasten und die Schaffung effizienter Verwaltungsstrukturen sind grundlegende Schritte, um Mecklenburg-Vorpommern zu einem zukunftsfähigen und wettbewerbsstarken Wirtschaftsstandort auszubauen.

Ein erster Schritt zur Entlastung der Wirtschaft liegt in der Einführung eines Regulierungs- und Bürokratiematoriums. Durch die Aussetzung nicht zwingend erforderlicher Berichtspflichten und Dokumentationsanforderungen können Unternehmen kurzfristig entlastet werden. Zudem ist eine umfassende Evaluation bestehender Berichtspflichten und eine Reduzierung auf ein zwingend notwendiges Minimum entscheidend, um Unternehmen mehr Freiraum für ihr Kerngeschäft zu bieten und die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die Einführung eines unabhängigen Normenkontrollgremiums, besetzt mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, stellt sicher, dass alle geplanten Gesetze und Vorschriften im Vorfeld einer umfassenden Überprüfung auf ihre Auswirkungen unterzogen werden. Dadurch können bürokratische Hürden bereits im Entwurfsstadium identifiziert und abgebaut werden. Zugleich bedarf es einer systematischen Überprüfung der landesrechtlichen Vorschriften, die bei der Umsetzung von EU- und Bundesnormen häufig zu zusätzlichen Verschärfungen führen und Investitionen blockieren. Eine gezielte Rücknahme dieser zusätzlichen Regulierungen ist notwendig, um Mecklenburg-Vorpommern als Standort attraktiver und wettbewerbsfähiger zu machen.

Ein weiterer Hebel zur Verwaltungsmodernisierung ist die Einführung von Genehmigungsfiktionen in Genehmigungsprozessen. Durch umfassenden Einsatz von Genehmigungsfiktionen wird ein Anreiz für die Verwaltung geschaffen, ihre internen Prozesse zu optimieren und durch den Einsatz moderner Technologien, wie etwa KI-gestützte Verfahrenssteuerung und digitale Aktenverwaltung, effizienter zu gestalten.

Um weitere unnötige und ineffiziente Regelungen aufzudecken und stetig abzubauen, soll eine landeseigene Plattform eingerichtet werden, auf der Bürger und Unternehmen solche Regelungen direkt melden können. Die partizipative Einbindung von Betroffenen in die Identifizierung bürokratischer Lasten stärkt das Vertrauen in die Verwaltung und die Politik. Es muss sichergestellt sein, dass die eingegangenen Meldungen zeitnah überprüft und bearbeitet werden.

Eine vollumfängliche Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltungsprozesse ist ein zentraler Schritt, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts zu erhöhen. Ein Rechtsanspruch auf digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen sowie das verbindliche Einhalten des Once-Only-Prinzips sind notwendig, um die Effizienz zu steigern und den Aufwand für Unternehmen zu reduzieren. Das Once-Only-Prinzip soll dabei gewährleisten, dass Bürger und Unternehmen Daten nur einmal einreichen müssen. Einheitliche Schnittstellen und Standards für digitale Verwaltungsleistungen sichern eine nutzerfreundliche und reibungslose Umsetzung dieser Zielsetzungen.

Durch eine Reform des Vergaberechts, die sich auf die Sicherung eines fairen Wettbewerbs fokussiert, können Vergabeprozesse verschlankt und beschleunigt werden,

Die vorgeschlagenen Maßnahmen reduzieren nicht nur den Verwaltungsaufwand und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, sondern erhöhen daraus resultierend die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. In ihrer Gesamtheit bilden diese Schritte ein Fundament, das es Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht, seine wirtschaftlichen Potenziale voll auszuschöpfen und sich als Standort mit hoher Lebensqualität und dynamischer Wirtschaftsentwicklung zu positionieren.

Die fortlaufende Berichterstattung an die zuständigen Ausschüsse des Landtages gewährleistet, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen transparent verfolgt und kontinuierlich überprüft wird. Diese regelmäßige Berichterstattung fördert die Dynamik des Prozesses und schafft die Möglichkeit, Maßnahmen bei Bedarf anzupassen und weiterzuentwickeln.